



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

An Kenntniß und Bildung übertreffen die preussischen Generale die französischen vielleicht mit wenig Ausnahmen, ob an Charakter, was in jedem Kampf, im Leben wie auf dem Schlachtfelde die Hauptsache ist, das steht dahin. Die Reibung, welche der Avancementsmodus in der französischen Armee unausgesetzt hervorruft, muß den Charakter stählen, der lange Frieden und das Princip der Gnade im preussischen Beförderungssystem können gleiche Wirkung kaum hervorrufen. Erzieht Preußen künftig charakterstarke Generale, so braucht es keinen Feind zu fürchten.

### Aus Schwaben.

Anfang December.

Wenn man sich erinnert, daß der süddeutsche Liberalismus viele Jahre davon leben mußte, gegen die Bevormundung durch die beiden Großmächte anzukämpfen, und die Regierungen selbst die liberalen Forderungen nicht selten mit der Berufung auf die Polizei des Bundes ablehnten, so sollte man denken, es sei jetzt eine Periode paradiesischer Glückseligkeit für die süddeutschen Staaten eingetreten. Der Alp des Bundes ist weg, jeder Staat erfreut sich so vollkommener Selbständigkeit, wie nur jemals die Republik Krakau oder die von San Marino. Mit einigem Nachdruck, meint man, müßten jetzt die Völker im Stande sein, alle ihre politischen Ideale den Regierungen abzurufen, und diese selbst, des ewigen Hemmschuhs ledig, müßten sich beeilen, ihren oft betheuertem ausgezeichneten Willen jetzt zu bethätigen und aus dem Füllhorn ihrer vollsouveränen Macht die Segnungen verschwenderisch auszustreuen. Kein finsterner Schatten drängt sich mehr zwischen Regierende und Regierte. Für die kühnsten Reformentwürfe ist die Bahn geebnet, und so scheint es ja endlich wahr zu werden, daß hier, wo das deutsche Volksthum sich allein in unbesleckter Reinheit, frei von sarmatischer und obotritischer Mischung erhalten hat, auch der deutsche Musterstaat sich erheben wird, eine Stätte urgermanischer Freiheit, beneidenswerth für Freund und Feind, und der feste Kern, um den sich einst alle deutschen Stämme, bekehrt von den Irrwegen des Machtswindels, sehnsuchtsvoll schaaren werden.

So lauteten ja wörtlich die Redewendungen, mit denen man hier zu Lande

in die neue durch den nikolsburger Frieden geschaffene Aera eintrat. Vielleicht ist es niemand damit Ernst gewesen. Wer aber wirklich solche Phantasten hegte, mag jetzt schon erheblich ernüchtert sein. Nirgends die freudige Befriedigung, mit der man an ein ehrliches Tagewerk geht, nirgends Lust zu schaffen und die Früchte der über Nacht gewonnenen Selbständigkeit zu pflücken. Verstimmt bleibt der Blick an der nächsten Vergangenheit hängen, die Litaneien über Verrath unter den Bundesgenossen von gestern sind immer noch nicht zu Ende, und die Selbständigkeit selbst droht eine unbequeme Last, eine Verlegenheit zu werden. Es geht den Schwaben wie dem Armen, der plötzlich in den Besitz eines glänzenden Palastes sich gezaubert findet: er steht verlegen unter den Schätzen und weiß nichts mit ihnen anzufangen. Da ist z. B. die weiland Bundesfestung Ulm, die während des Kriegs so manche Kleinodien beherbergen durfte. Kaum ist sie dem württembergischen Staat als freies Eigenthum zugesprochen, so entsteht ein Jammern, als stünde das trojanische Pferd verderbenschwanger auf der l. württembergischen Gemarkung und von allen Seiten erhebt sich der Ruf, das ebenso kostspielige als gefährliche Bauwesen schleunigst einzureißen. Diese Forderung wird mit einer für patriotische Gemüther zwischen Tuttlingen und Bopfingen unangreifbaren Logik begründet: die Festung ist gegen eine Aggression Frankreichs gebaut, sie soll französische Heere im Lauf gegen Osten aufhalten; was ist die Folge? was anders, als daß diese, im Drang nach den bayerischen Gefilden aufgehalten, sich im württembergischen Land einrichten und es nach Herzenslust ausaugen; die Feste ist also eine Gefahr, nicht ein Schutz für diejenigen, so innerhalb der schwarzrothen Pfähle leben. Vielleicht daß diese Logik noch durch einen Hintergedanken unterstützt wird. Wiederholt ist das Gerücht aufgetaucht, es sei bereits über die Aufnahme preussischer Besatzung nach Ulm verhandelt worden. Das Dementi, das erfolgte, hat nicht ganz beruhigen können, zumal da Herr v. Barnbühler, von Hölder über diesen Punkt interpellirt, jede Auskunft verweigerte. Später hat freilich der Minister, als ihn eine durch denselben Gegenstand aufgeregte Deputation von Abgeordneten aufsuchte, die befriedigendsten Zusicherungen ertheilt. Immerhin schwebt über den Ulmern zu dem Unglücke, von Wall und Graben umgeben zu sein, die bedrohliche Eventualität, am Ende gar noch Preußen in ihre Mauern aufnehmen zu müssen. Hinc illae lacrimae! Ist es nicht besser, durch Niederreißen der Werke diesen Schrecken ein für allemal abzuwenden, als eines Tages von Preußen in das gemeinsame Netz der Vertheidigung von ganz Deutschland gezogen zu werden?

Wozu auch bedarf Württemberg künstlicher Festungen? Ihm genügt die zermalmende Kraft seiner streitbaren Bürger. Ist es nicht die beliebteste Beschäftigung der Gelehrten der particularistischen Partei, auszurechnen, welche überwältigende Macht es im Verein mit den süddeutschen Staaten auf die

Beine bringen könne, wenn es entschlossen den Krebschaden der stehenden Heere beseitigen und die schweizerische Milizverfassung annehmen würde? Bis zu den kühnsten Zahlen versteigen sich ihre Phantasten, um darzuthun, wie die Macht der süddeutschen Regionen allen Feinden in Ost und West, in Nord und Süd die Spitze zu bieten im Stande sei. Seltamerweise wechseln dann mit solchen Ergüssen prahlerischer Zuversicht wieder Aeußerungen ganz anderer Art. So ganz geheuer scheint es den Helden der süddeutschen Freiheit in ihren vier Wänden doch nicht zu sein. Sie haben Momente, in denen sie sich sehr verlassen fühlen. Dieselben, die den Anschluß an Preußen als schändlichen Verrath brandmarken, schleudern in demselben Athem heftige Vorwürfe gegen Preußen, daß es durch die Mainlinie Süddeutschland schuglos preisgegeben habe. Es ist unschwer zu sehen, was aufrichtiger gemeint ist, jene Ueberhebung oder dieser Ausdruck der Hilflosigkeit. Der nikolsburger Vertrag hat den süddeutschen Staaten die Freiheit gegeben, aber mit der Freiheit auch das Gefühl der Grenzen ihrer Macht, und wenn jene Stipulationen vielleicht auch den Zweck hatten, die süddeutschen Staaten mit dem Bewußtsein ihrer Unmacht zu strafen, so ist dieser Zweck jetzt schon ausreichend erfüllt.

Das Bedürfnis irgendeiner Anlehnung ist also vorhanden, wo soll sie gesucht werden? Es wäre schwer zu sagen, welche Wege die Regierung zu gehen gedenkt, eine bestimmte Richtung ist in der That nicht zu entdecken. Gleich nach der Rückkehr des Herrn v. Barnbühler aus Berlin hieß es mit großer Bestimmtheit, der gewandte Staatsmann sei mit beiden Füßen ins preußische Lager gesprungen. Die günstigen Friedensbedingungen schienen dieses Gerücht zu bestätigen. Daß der Minister seinen Schwiegersohn als Gesandten nach Berlin schickte, ward in demselben Sinne gedeutet. Ueber die bundestreue Gesinnung Oestreichs, hieß es, sowie über dessen inneren Ruin seien ihm die Augen vollständig aufgegangen, und die Enthüllung, wie Oestreich zu Nikolsburg den bayerischen Staat rücklings um eine Provinz zu bringen gedachte, war allerdings für alle süddeutschen Staaten lehrreich genug. Noch heute gilt Herr v. Barnbühler, zumal in Hofkreisen, für preußisch gesinnt. Damit scheinen nun freilich andere Thatsachen wenig zu stimmen. Daß Herr v. Barnbühler während der Adressdebatten im October sich aufs zurückhaltendste aussprach, war erklärlich; die Kammermehrheit wäre im Stande gewesen, ihm den Hochverrathproceß zu machen, wenn er etwas wie Sympathie mit dem Feind von Tauberbischofsheim hätte blicken lassen. Auffallender jedoch war, daß alle diejenigen Abgeordneten, von welchen man annimmt, daß sie ihre politische Meinung mit der des Ministeriums in Uebereinstimmung zu halten bemüht sind, den Chorus der fanatischen Preußenfeinde verstärkten und mit diesen jene Fassung der Adresse durchsetzten, in welcher der schwäbische Separatismus einen absichtlich schroffen Ausdruck gefunden hat. Mag sein, daß die Regierung vom

unvermeidlichen Anschluß an Preußen überzeugt ist. Aber dann hütet sie sich jedenfalls, ihre Ueberzeugung kund werden zu lassen. Vielmehr scheint es ihr bis jetzt Vergnügen zu machen, den particularistischen Elementen wie bisher ihre Gunst, den nationalen ihre Ungunst fühlen zu lassen. Der Staatsanzeiger ist freilich, gewizigt, wieder zu seiner früheren harmlosen Objectivität zurückgekehrt, er hat sogar Anwandlungen einer unbestreitbaren Unparteilichkeit. Aber es giebt Nebenwege, auf welchen eine Regierung auf angenehmere Weise, weil durch keine Verantwortlichkeit gedeckt, und ebendarum wirksamer ihre Meinung unter die Leute bringen kann. Es blüht am Nesenbach eine Anzahl publicistischer Talente, nicht vom besten Ruf, die für einige Localblätter thätig sind, auch gelegentlich in gewissen auswärtigen großen Organen ihr Wesen treiben. Man will wissen, daß diese Leute nicht unzugänglich seien für Inspiration aus höheren Kreisen. Nun wird grade von dieser Sudelpresse, die glücklicherweise auswärts unbekannt ist, ein nichtswürdiger Kleinkrieg gegen die preußische Partei unterhalten, ein Krieg, der kein Mittel der Verdächtigung scheut und jene Verhezung, die aus den Kriegszeiten datirt, fortwährend zu unterhalten beflissen ist. Man würde Unrecht thun, für diese Aeußerungen schwäbischer Eigenthümlichkeit die Regierung verantwortlich zu machen. Aber man scheint doch auch kein Arg daran zu haben, daß dieselben Federn, die dem Ausdruck der höchsten Loyalität zur Verfügung stehen, zugleich einer Freiheit der Polemik sich bedienen, die schon mit den Strafgesetzen in Conflict gerathen ist. An authentischen Aeußerungen der Regierung über ihre Stellung zu den deutschen Frogen fehlt es, wie gesagt, durchaus. Die Bedrohungen preußenfreundlicher Beamten gehören einer früheren Zeit an. Vielleicht darf man auch die Paulische Angelegenheit nicht eigentlich hierher rechnen. Denn das schwer zu qualificirende Vorgehen der Regierung trug in allen Theilen den Stempel der Genugthuung für persönlich empfundene Beleidigung auf der Stirne; so handelt nicht politische Ueberlegung, sondern persönliche Leidenschaft. Immerhin aber hat die Regierung wenigstens den Verdacht nicht vermieden, als ergreife sie den willkommenen Anlaß, sich eines politischen Gegners zu entledigen. Im Uebrigen scheint sie ohne viele Sorgen abzuwarten und den Ereignissen das Wort zu lassen; in abenteuerliche Unternehmungen wird sie sich sicher nicht stürzen, auch der süddeutsche Bund wird von Stuttgart aus so wenig betrieben werden als von anderen Orten. Steuerlos dahin treibend und keinen Nordwind mehr spürend lenkt das Staatsschiffchen wieder in die alten Bahnen zurück. Gleich nach geschlossenem Frieden rieben sich die württembergischen Schreiber vergnügt die Hände, daß alles noch so glücklich abgelaufen sei und daß sich nun gemüthlich weiter wirtschaften lasse, als wäre nichts geschehen.

Wirklich scheint auch in der innern Politik die Regierung nicht gewillt, von der gewonnenen Freiheit der Bewegung einen allzuföhnen Gebrauch zu

machen. Schon lange stehen die Fragen der Seeresorganisation, der Verfassungsreform, der Vereinfachung der Verwaltung, der Justizreform auf der Tagesordnung. An Vorschlägen, Entwürfen, Verheißungen hat es nicht gefehlt. Jetzt aber scheint der Moment gekommen, wo keinerlei Rücksichten mehr die Verschiebung dieser Aufgaben rechtfertigen können. Was zunächst die Armee-reform betrifft, so verlautet bis jetzt so viel, daß man mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, mit Einführung irgendeines Hinterladungsgewehres (das, wie überall die Phrase lautet, „die Mängel des preussischen beseitigen“ soll) beschäftigt ist, und daß die neuen Einrichtungen möglichst in Uebereinstimmung mit Bayern getroffen werden sollen. Ein Entwurf zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist auch bereits ausgearbeitet. Aber es haben sich nachträglich Bedenken gegen ein rasches Vorgehen erhoben. Die Sache, hieß es, greife zu tief in alle Verhältnisse ein, man möge vorher noch eine genauere Prüfung der verschiedenen Systeme anstellen u. s. w. Vermag man nicht schlüssig zu werden, so soll dem nächsten Landtag wenigstens ein Gesetz über Aufhebung der Stellvertretung als eine Abschlagszahlung vorgelegt werden. Dies zur Charakterisirung des Tempo, in welchem die dringendsten Reformen sich bewegen. Weiterhin hat die Regierung den Kammern den Entwurf einer neuen Gerichts-verfassung, und neuerdings der Oeffentlichkeit die Grundzüge einer neuen Or-ganisation der Verwaltung vorgelegt. Aber beide Entwürfe haben die öffent-liche Meinung wenig befriedigt. Diese dringt hauptsächlich auf Vereinfachung des öffentlichen Dienstes, wie sie dem kleinen Gemeinwesen entspricht, das des großstaatlichen prätentiosen Apparates sich endlich ent schlagen soll, und grade in dieser Beziehung lassen sie viel zu wünschen übrig. Noch mehr verstimmt es, daß diese secundären Arbeiten zuvor erledigt sein sollen, bevor Hand an die Verfassung selbst gelegt wird, während umgekehrt nach der allgemeinen Stimme die Reform bei der Wurzel hätte beginnen sollen. In der That ist an durch-greifende Besserungen gar nicht zu denken, ehe unsere mittelalterliche Stände-versammlung von ihren Adels- und Ständeprivilegien gereinigt und vor allem die zweite Kammer zu einer wirklichen Vertretung des Volkes umgestaltet ist. Es taucht deshalb der Gedanke auf, zu einer verfassungsrevidirenden Versamm-lung nach dem Gesetz vom 1. Juli 1849 als zu einem Rechte zurückzugreifen, das nach dreimal gescheitertem Versuch willkürlich von der Reaction zurück-genommen worden ist. Es ist die Rede davon, eine allgemeine Agitation zur Zurückforderung dieses Rechts einzuleiten, wobei freilich zweifelhaft bleibt, ob dieselbe den gewünschten Anklang und Nachdruck im Volke findet. Denn bis jetzt wenigstens verhält sich die öffentliche Meinung ziemlich lau zu diesen inneren Angelegenheiten; es ist, als ob sie es kaum der Mühe werth fände, an den Formen des Particularstaats herumzuspicken, und auch dies ist bezeichnend in

einem Moment, in welchem die Regierung ohne sichtbaren anderweitigen Rückhalt allein dem Volke mit seinen Forderungen gegenüberstände.

Um so lebhafter ist noch immer der Parteilampf in den Fragen, die sich auf die Folgen des Krieges und die Zukunft Deutschlands beziehen. Ich komme nicht auf die Adressdebatten und ihr beschämendes Resultat zurück. Bekanntlich wurde zu drei Vierteln die preußenfeindliche Adresse von der Abgeordnetenkammer angenommen, ein Viertel sprach sich für den Anschluß an Preußen aus. Vielleicht entsprach dies Zahlenverhältniß genau der damaligen Stimmung im Lande, ein Plebiszit hätte ohne Zweifel dasselbe Verhältniß gegeben; man war berechtigt, die Adresse als die Stimme des schwäbischen Volkes in seiner großen Mehrzahl zu betrachten. Allein jene Minderheit war eine wirkliche Partei mit einem positiven Programm, die Mehrheit wurde durch eine Coalition gebildet, die nur in der Negation, höchstens in phantastischen Zielen zustimmte. Die Mehrheit war nur stark in ihrem Hasse, die Minderheit wußte sich eins mit dem Genius der Nation, jene tritt für die Vergangenheit, diese für die Zukunft: die Folgen dieser Stellung können nicht ausbleiben.

Die Bestandtheile dieser Coalition lassen sich nicht leicht sondern, da sie vielfach ineinander übergreifen und einzelne Persönlichkeiten es trefflich verstehen, heute in dieser, morgen in jener Farbe zu schillern, heute für den Concordatsstaat, morgen für die freie Schweiz zu schwärmen. Hier der Ultramontane — und dieser weiß am sichersten, wohin er steuert —, dort der ehrliche Großdeutsche, dem die Phrase vom Ausschluß der Brüder in Oestreich noch immer nicht langweilig geworden ist; hier der Schutzöllner, der noch krankt an seiner Niederlage im Zollvereinskrieg, dort der Gefühlspolitiker, der durch den Sieg der brutalen Gewalt über den Augustenburger und den Kurfürsten von Hessen an der Vorsehung irre geworden ist; hier der alte Freiheitsmann, der, in der Schule Rottecks erzogen, diese Welt nicht mehr versteht, dort der Doctrinär des Föderalismus, der am meisten Lärm zu machen weiß, was seinem Häuflein an Zahl abgeht, durch Energie der Redeweise und stramme Parteiorganisation ersetzt und sich die vornehme Miene giebt, als beherrsche er durch diese die ganze Gesellschaft. Diese bunten Elemente sind kaum durch etwas Anderes zusammengehalten als durch die Opposition gegen den preußischen Staat, es ist eine Coalition ad hoc. Jedes Mittel ist recht, was diesem Zweck zu dienen scheint. Bald wird der Anschluß an das demnächst wieder gesammelte und rachebereite Oestreich gepredigt, dessen Bevölkerung trotz allem unendlich viel deutscher und liberaler empfindet, als der sarmatische und knechtische Norden. Oder die Blicke richten sich nach der Schweiz; man verlangt zuerst Adoption ihrer inneren Einrichtungen und läßt eine politische Angliederung durchblicken, wie denn schon in den Zeiten des Bauernkrieges die Freiheitsmänner Schwabens der Gedanke figelte, sich mit der Schweiz zu vereinigen und ihr den Abfall

vom Reich nachzuthun. Aber auch von dem mächtigen Nationalitätenfreund im Westen darf man, seitdem der Staat die internationale Selbständigkeit erlangt und folglich die freie Wahl der Allianzen hat, ungeschelter reden. Im Grunde ist er ja doch der letzte Hort dieser Art von deutscher Freiheit. Gleich nach dem Frieden wurde in Volksvereinen mit Wichtigkeit die Frage erörtert, ob man im Fall eines Kriegs zwischen Frankreich und Preußen auf die Seite des letzteren treten dürfe, und ein Verein wenigstens beantwortete die Frage frischweg mit Nein. Seitdem ist sie vielfach, auch in der Kammer erörtert worden; bekanntlich ist auch in diesem Punkt die Minderheit unterlegen. In der Regel ist man freilich klüger als jene ehrlichen Bürger in Ehlingen. Man vermeidet, in öffentlichen Kundgebungen auszuposauen, was sich im Bierhaus unbedenklich sagen läßt. Es genügt, mit verhaltener Freude und mit Prophetenmiene auf die Zeit zu verweisen, da Frankreichs Heere den wider die deutsche Nation verübten Frevel an Preußen rächen werden. Indessen, dies sind alles Phantasien, vage Hoffnungen; man mußte, wo nicht ein Programm, doch den Schein eines Programms haben, das minder anrühlig für das nationale Gewissen, verlockend durch liberalen Schimmer, schmeichelhaft für das süddeutsche Selbstgefühl, entschieden dem Hegemoniestaat die Spitze bot. Man brauchte nicht lange zu suchen. Glücklicherweise hatte Louis Napoleon für ein Programm gesorgt, das alle diese schmachhaften Ingredienzien vereinigte: die Conföderation der Südstaaten, dieser correcteste Ausdruck des Antipreußenthums, schon durch den Namen an eine, wenn auch erfolglose, so doch glorreiche Unternehmung der centrifugalen Tendenzen in dem Staatswesen jenseits des Oceans erinnernd, wurde das Banner, um das sich die Coalition scharte. Klugen Sinnes erkannten die Leiter, daß sie hier ein überaus haltbares Banner, ein niemals veraltendes Feldgeschrei gefunden. „Was sich nie und nirgends hat begeben, das allein veraltet nie.“ Man konnte diese Südconföderation um so gemüthlicher fort und fort verlangen, je gewisser jedermann überzeugt war, daß sie niemals ins Leben treten werde.

Man kann nicht sagen, daß die Coalition mit diesem Programm Glück gemacht hat. Zwar darauf, daß die Cabinete es ernstlich in die Hand nehmen würden, war gar nicht gerechnet; aber es wurde nicht einmal populär. Dies war doch dem gesunden Sinn auch des schwäbischen Volks, das auf so und so viel Turn- und Schützenfesten für das einzige Vaterland sich begeistert hatte, einleuchtend, daß die politische Aufgabe die Vereinigung, nicht die Trennung Deutschlands sein müsse, die Beseitigung der Mainlinie, nicht deren Verfestigung. Die Agitation gegen die Mainlinie war die Geburtsstätte der preussischen Partei in Schwaben, oder wie sie sich hier genannt hat, der deutschen Partei. Man ließ sich dadurch nicht irre machen, daß die erste Form der Agitation von Norddeutschland aus desavouirt, zuweilen sogar verspottet wurde. Es galt nach der

Katastrophe dieses Jahres das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, die Ueberzeugung, daß die neue Gestaltung Deutschlands nur ein Provisorium sein könne, wieder zu befestigen. Dies war das Erste. Dabei sah man freilich ein, daß die kraftvolle Aufrichtung und Ausgestaltung des norddeutschen Bundes mit vorläufiger Ausschließung des Südens im Interesse des Ganzen liege. Aber nachdrücklich mußte man es sogleich betonen, daß der Ausschluß nur vorläufig sein dürfe; der Geist trotziger Absonderung durfte daraus nicht neue Nahrung ziehen, es durften im Süden nicht Institutionen geschaffen werden, welche das Provisorium verfestigend, den künftigen Anschluß erschwerend eine Handhabe für auswärtige Intriguen boten. Man konnte sich nicht verhehlen, daß an der Beschränkung des Bundes auf die Mainlinie niemand anders die Schuld trug als der Süden selbst, der auf das Angebot des für das ganze außerösterreichische Deutschland berechneten preußischen Reformprojects vom 10. Juni mit Krieg geantwortet hatte; eben deswegen war es jetzt am Süden, es auszusprechen, daß das politische Ziel kein anderes sein könne als die Vereinigung mit dem Norden mit allen ihren Consequenzen. Damit war der deutschen Partei eine feste Richtung gegeben, und sie konnte immerhin abwarten, ob die wirkliche Vereinigung bei der nächsten europäischen Krisis erfolgen oder ob die preußische Regierung das Mittel der Zollvereinskündigung zur geeigneten Zeit in Anwendung bringen würde.

Man müßte sich die Augen absichtlich verschließen, wenn man verkennen wollte, daß die preußische Partei in Schwaben, so zäh der Boden ist, in den letzten Monaten bedeutend an Terrain gewonnen hat. Es hat nie an Preußenfreunden gefehlt, aber so offen sind niemals früher die Sympathien für den norddeutschen Großstaat ausgesprochen worden, so nüchtern hat man niemals die letzten Consequenzen gezogen, und niemals früher hat diese Richtung Gegenstand der populären Agitation sein können. Am meisten hat freilich der Erfolg für sie gewirkt. Es mag übertrieben sein, was sich hier die Sperlinge auf den Dächern erzählen, daß das ganze Offiziercorps preußisch gesinnt aus dem Felde zurückgekommen sei und die Stunde herbeisehne, da es einer wirklichen Armee angehören werde, unter einer Führung, welche die Möglichkeit des Sieges gewährt. Es mag auch dies übertrieben sein, was, wohlgemerkt, noch während des Kriegs und vor der Entscheidung von officieller wie radicaler Seite behauptet wurde, daß die ganze Beamtenwelt mit ihren Sympathien auf preussischer Seite stehe. Aber Thatsache ist, daß der denunciatorische Terrorismus, der von Seite der tollgewordenen Particularisten ausgeübt wurde, mehr und mehr seine Wirkung verliert, und daß die gebildete Gesellschaft, über die Mehrzahl der ehemaligen politischen Führer hinweg, mit verschwindenden Ausnahmen einer friedlichen — man erschrecke nicht vor dem Wort! — einer friedlichen Verschwörung gleicht, deren Verbündete bis in sehr hohe Regionen hinaufreichen;

es ist ein unausgesprochenes Credo aller, ein stilles Einverständniß, daß alle Wege nach Berlin führen, und daß es so gut sei; eine gesicherte Ueberzeugung, die eben, weil sie ihrer Sache gewiß ist, mit humoristischer Beschaulichkeit dem Thun und Treiben des Particularismus folgt und gelassen der letzten Kraftanstrengungen der Demagogie spottet.

So steht denn hinter den wenigen, welche sich die Organisation und Leitung dieser Richtung angelegen sein lassen, eine recht respectable Armee, und es geht schon aus den Klagen über den massenhaften „Abfall“, aus der Polemik gegen die „Anbeter des Erfolgs“ hervor, daß man gegenwärtig in Schwaben die Preußenfreunde nicht erst mit der Laterne suchen muß. Ein österreichischer Offizier, der einer hiesigen Adelsfamilie angehört, vor dem Kriege hier war und kürzlich wieder hierher gekommen ist, sah sich zu dem erstaunten Ausruf veranlaßt: „Als ich ging, war alles für Oestreich; nun ich wiederkomme, finde ich alles preussisch gesinnt!“ Aber auch in den bürgerlichen Kreisen ist die Stimmung doch nicht so einfärbig orthodox-particularistisch, wie man zuweilen noch in Norddeutschland anzunehmen scheint. Ich will nicht übertreiben. Hätten wir jetzt allgemeine Wahlen, zumal mit geheimem Stimmrecht vorzunehmen, so würde vielleicht das bescheidene Häuflein unsrer Freunde in der Kammer kaum einen Zuwachs erhalten, aber es würde doch in fast allen Bezirken eine recht anständige Minderheit auf die Candidaten dieser Richtung fallen. Am meisten bemerkbar sind die Sympathien für Preußen in demjenigen Landestheil, der während der vierwöchentlichen Occupation Gelegenheit hatte, die persönliche Bekanntschaft des gesürchteten Landesfeindes zu machen. Es ist doch eine des Nachdenkens werthe Thatsache, daß das Verhältniß der preussischen Soldaten zu der schwäbischen Bevölkerung überall das beste, ja herzlichste gewesen ist, und daß in der ganzen Zeit nur einmal, in einer demokratisch verheßten Stadt, ein Exceß vorgekommen ist. Dies will etwas sagen, wenn man bedenkt, wie unmittelbar zuvor das Hezgeschäft betrieben worden ist, wie man die albernsten Mährchen über die barbarische Aufführung dieser modernen Hunnen verbreitet hatte. Als sie wirklich kamen, stellten sie sich so ganz anders dar, als die Schilderung gelautet hatte. Rasch wußten sie die Neigung der Bevölkerung zu gewinnen. Ihre Sitten — und es waren zum Theil polnische Regimenter — stachen merklich ab von den Sitten, die man an den einheimischen Kriegern gewöhnt war. Mit Verwunderung wurde man gewahr, daß z. B. Fluchen und Renommiren nicht nothwendig zum Handwerk eines Kriegsmanns gehöre. Wie sie sich dann rasch in den Familien einbürgerten — (für manchen Ehemann vielleicht gar zu rasch), wie sie das Zutrauen der Kinder gewannen, wie sie den Leuten bei der täglichen Arbeit halfen, wie sie, ohne commandirt zu sein, den Gottesdienst besuchten, dies alles ist heute noch in jenen Gegenden in frischer Erinnerung. Reichliche Thränen sind beim Abschied geflossen, und manche em-

pfundsame Correspondenz spielt heute noch zwischen Westfalen und Fränkisch-Schwaben, welche die damals geknüpften Freundschaftsbände zusammenhält. Man muß solche Briefe gelesen haben und an Ort und Stelle auf die Spuren dieser Erinnerung gestoßen sein, um den vollen Ekel an der Stammeshege unsrer Demagogie zu empfinden.

Vielleicht noch wichtiger aber als solche Sympathien, die mit der Zeit immerhin wieder verblaffen mögen, ist die größere Bestimmtheit und Consequenz, welche jetzt die Ansichten der Preussischgesinnten gewonnen haben. Wer früher nach dieser Seite neigte, that es schüchtern, mit zweideutigen Wendungen, mit Vorbehalten aller Art. Die Programme waren mit Wenn und Aber gespickt. Allmählig erst stieg das Bewußtsein davon auf, daß das Deutschland, das sich in Preußen verjüngt hat, und das Deutschland der Volksversammlungen nun einmal schlechterdings unvereinbare Größen sind. Vielfach spukte die Idee in den Köpfen, als ob wir mit dem nordmainischen Deutschland auf dem Fuß der Parität stünden und es ein Pacisirein zwischen zwei gleichberechtigten Gebieten gelte. Es ist noch nicht so lange her, so konnte man aus dem Mund von Politikern, die im Süden unsern Ansichten am nächsten standen, verwirrende Phrasen vernehmen, wie die: Preußen muß in Deutschland aufgehen, nicht Deutschland in Preußen, oder: ich gehe mit Bismarck, wenn er die Reichsverfassung proclamirt, oder: unter der Bedingung, daß Frankfurt die Hauptstadt werde, nicht Berlin u. dgl. Die Fortschrittspartei hatte sich immer noch Hinterthüren offen gehalten, durch welche sie gleichzeitig dem particularistischen Theil der Demokratie die Hand drückte. Dies alles ist jetzt anders geworden. Der Bruch ist jetzt endlich vollständig. Der Wegfall dieser Rücksichten hat die preussische Partei entschieden gekräftigt und ihr zugleich einen Nachwuchs junger Kräfte gesichert, die jetzt erst, bei unverschleierte[n] politischen Zielen, sich ihr anschließen mochten. Die Zweideutigkeiten haben ein Ende, und die Sprache der „Schwäbischen Volkszeitung“, des Organs der Partei, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wenn man den Eintritt in den norddeutschen Bund anstrebt, so ist man sich vollkommen der Consequenzen dieses Eintritts bewußt, und dies scheint mir, wie gesagt, das Wichtigste.

Beschämt und trauernd sehen wir die Anstalten zu einem deutschen Parlament treffen, in welchem die südlichen Provinzen nicht vertreten sind. Ist es erst ins Leben getreten, so wird hüben und drüben die Empfindung noch lebhafter hervortreten, daß dies nur ein provisorischer Zustand sein darf, und die Resultate des Kriegs nur ein Pfand sind für die Vollendung der Arbeit. Die Deutschen sind nicht das Volk, einen Vertrag so unbefangen und respectwidrig zu überspringen, wie die Italiener es mit dem züricher Frieden gethan haben. Aber zwischen ihm und dem Contract, auf welchem wir jetzt mehr schweben als stehen, ist die Analogie unlösbar, daß beide überwundene Postulate stellen.

Ist der norddeutsche Bund einmal constituirt und gesichert, so wird es Zeit sein, sich wenigstens der „nationalen Verbindungen“ zu erinnern, auf welche selbst der Vertrag von Nikolsburg ein Anrecht giebt. 7.

### Die finanzielle Einverleibung Hannovers.

Die „Betrachtungen über die Staatseinnahmen und Ausgaben in Preußen und Hannover und über einen für Hannover zu bildenden Provinzialfonds“, welche der vormalige Finanzminister Gryeben unlängst hat erscheinen lassen, nähern sich der Objectivität etwas mehr als Stüves leidenschaftliche und sophistische Parteischrift, aber lange nicht in demselben Maße wie die vortreffliche Schrift Benings. Ihr Verfasser hat den Kummer über den Untergang des selbständigen Staats Hannover noch durchaus nicht überwunden, und dieses Schmerzgefühl färbt seine Aeußerungen, trübt seinen Blick. Aehnlich wie Stüve, ist er im Augenblick geneigt, Hannover als das verwirklichte Muster eines Staats anzusehen; wogegen Preußen nur seine Kritik herausfordert. Dabei fehlt es ihm in einem Grade, welcher überrascht, an jeder Würdigung der allgemeinen nationalen Interessen. Wenn dieser an und für sich wohlgesinnte, redliche, gemäßigte und einsichtsvolle Mann ein getreuer Typus des höheren hannoverschen Beamtenstandes ist, wie man allen Grund hat anzunehmen, so muß man ernstlicher als jemals wünschen, daß die preußische Regierung Mittel finde, die ausschlaggebende Betheiligung dieser Classe an der Reorganisation des Landes als einer preussischen Provinz auf ein Minimum herabzudrücken — denn sie sind eingefleischte Particularisten, deren tiefe Verbitterung gegen Preußen weder von lebendiger Vaterlandsliebe noch von einer höheren staatsmännischen Auffassung gemildert wird. Sollte es unvermeidlich sein, daß ein paar Exemplare dieser Gattung im norddeutschen Reichstag und im preussischen Landtag erscheinen, so wollen wir uns einen Gryeben immer noch lieber gefallen lassen als einen Stüve. Besser aber werden die Hannoveraner für sich selbst und für das Allgemeine sorgen, wenn sie einen Mann wie Bening unter Seinesgleichen den Vorzug geben. Nur ein solcher wird durch moralische Autorität dem Mangel juristischer Schranken gegen das vae victis — falls es jemals drohen sollte — abhelfen können.